

D2 Faire Arbeit für alle – Schluss mit der Ausbeutung!

Antragsteller*in: Steve Amoo
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes
Status: Zurückgezogen

Antragstext

Respekt? Fehlanzeige!

Ein Bürger*innengeld, das den Namen nicht verdient, minimale Verbesserungen beim Mindestlohn, die nicht mal die Inflation ausgleichen, Reallohnverlust im dritten Jahr in Folge und vieles mehr. Wir sehen den dramatischsten Aufstieg neoliberaler Konzepte seit über 10 Jahren und das Fehlen linker Alternativen.

Schlimmer noch: Rechte Kräfte erfahren Aufwind und erzielen historische Wahlerfolge. Erst vor wenigen Tagen errang der **AfD-Politiker Sesselmann** für seine Partei ein Landratsamt – ein Novum in der neueren Geschichte der Bundesrepublik: Rechtsextreme an der Macht. Das sind die realen Folgen des Ausbleibens echter Sozialpolitik, die Arbeiter*innen ermächtigt und soziale Härten abfängt – gerade in Krisenzeiten.

41 Cent – das ist kein „Respekt“!

Vor knapp einer Woche trat die Mindestlohnkommission in einer Pressekonferenz vor die Öffentlichkeit und verkündete, dass der **Mindestlohn zu 2024 auf 12,41€** ansteigen solle – schlappe **3,9% Lohnzuwachs** für die ärmsten Arbeiter*innen des Landes. 2025 soll dieser dann erneut nur minimal steigen – um unglaubliche 40 Cent (auf insgesamt 12,81€). Vor allem Frauen und Ostdeutsche seien, laut Körzell, von der ausbleibenden Erhöhung betroffen, da sie ein besonders hohes Armutsrisiko trifft und sie überdurchschnittlich oft im Niedriglohnsektor arbeiten.

Während die **Inflationsrate aktuell mit 6,4%** fast das Doppelte dieser Lohnsteigerung für 2024 beträgt, ließen Stefan Körzell (Vorstandsmitglied des DGB) und die Vorsitzende der Mindestlohnkommission öffentlich erkennen, dass die Arbeitgeber*innen-Seite, vertreten durch Steffen Kampeter, keine Kompromissbereitschaft zeigte^[1], ihre staatspolitische Verantwortung missachtete und schlichtweg drohte, die Arbeitnehmer*innen zu überstimmen,

27 sollte es nicht zu einer Einigung kommen. Es ist die erste Entscheidung der
28 Mindestlohnkommission, die nicht einstimmig erfolgt ist.

29 **Während die Arbeitgeber*innen-Seite am Lohndumping und Rechenricks festhält,**
30 hört man von Minister Heil oder dem Kanzler nichts. Dabei schreibt die EU
31 bereits vor, dass sich der Mindestlohn im gesamten Euroraum am Medianlohn
32 orientieren, genauer gesagt 60% des Medianlohnes betragen sollte. Dies
33 entspräche einer Erhöhung auf ungefähr 13€ im ersten Jahr und über 13€ für 2025
34 - weitaus mehr als erreicht werden soll.

35 **Das ist ein klarer Rechtsbruch** und dient einzig und allein den Profitinteressen
36 gieriger Arbeitgeber*innen, die ihre Beschäftigten nur allzu gerne ausbeuten!
37 **Diese Entscheidung muss rückgängig gemacht und durch eine ernsthafte**
38 **Lohnerhöhung von mindestens 3€ ersetzt werden!**

39 **Gewerkschaften: TV Stud – jetzt!**

40 **Dauerbefristung, Bezahlung auf Mindestlohnniveau und unbezahlte Überstunden als**
41 **Regelfall – all das ist die Realität für viele studentische Beschäftigte.** Seit
42 Jahren kämpfen sie für Verlängerungen der Vertragsdauer, bessere Bezahlung sowie
43 mehr Mitbestimmung. Noch nie standen Studierenden von **TV Stud** so kurz vor dem
44 Ziel wie jetzt! **Strukturelle Verbesserungen sind dabei nur über eine Tarifierung**
45 **zu erreichen.** Studentische Beschäftigte stellen die einzige Beschäftigtengruppe
46 an den Universitäten dar, die davon bis jetzt ausgeschlossen sind.

47 11 der 16 Bundesländer haben sich bereits zu einer Tarifregelung für
48 studentische Beschäftigte bekannt und setzen sich für eine bundesweite Regelung
49 ein. Bremser mal wieder: Nordrhein-Westfalen. Obwohl die Schwarz-Grüne
50 Landesregierung TV Stud in den Koalitionsvertrag aufgenommen hat und die in der
51 letzten Tarifrunde vereinbarte „Bestandsaufnahme zu den Arbeitsbedingungen
52 Studentischer Beschäftigter“ zwischen Arbeitgeberverband der Länder (AdL) und
53 den Gewerkschaften ver.di & GEW über die **Studie „Jung, akademisch, prekär“**[\[2\]](#)
54 massiven Handlungsbedarf offengelegt hat, **droht Optendrenk mit der Blockade der**
55 **Verhandlungen.** NRW bricht damit nicht nur mit dem eigenen Koalitionsvertrag,
56 sondern verhindert für knapp 40.000 Hilfskräften & Tutor*innen landes- und über
57 300.000 Kolleg*innen bundesweit, über bessere Arbeitsbedingungen zu verhandeln.

58 Finanzminister Optendrenk ist Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes Nordrhein-
59 Westfalens und zuständig für die Positionierung NRWs im Arbeitgeberverband auf
60 Bundesebene. An ihm droht zu scheitern, wofür studentische Beschäftigte in NRW
61 und in allen anderen Bundesländern seit Jahren kämpfen.

62 **Unsere Aufgabe ist es, an der Seite der studentischen Beschäftigten zu stehen**
63 **und die Grünen, die gemeinsam mit der CDU einen Tarifvertrag für Studentische**

64 Beschäftigte in den Koalitionsvertrag aufgenommen haben, jetzt, vor dem
65 drohenden Abbruch der laufenden Vorsondierungsgespräche, in die Verantwortung zu
66 nehmen und öffentlich Druck zu machen!

67 Sie brauchen unsere Unterstützung in ihrem Kampf für bessere Arbeitsbedingungen
68 und mehr Mitbestimmung! **Wir sind solidarisch mit allen studentischen**
69 **Beschäftigten!**

70 **Ausbeutung von Migrant*innen und Geflüchteten**
71 **auf dem Arbeitsmarkt verhindern –**
72 **Fachkräftegesetz verbessern!**

73 In einer seiner letzten Sitzungen vor der Sommerpause hat der Bundestag das
74 **Fachkräfteeinwanderungsgesetz** beschlossen, das sogenannte „legale
75 Migrationswege“ schaffen soll, indem Menschen für Arbeitsverhältnisse nach
76 Deutschland kommen können sollen. Während ein modernes Einwanderungsrecht
77 selbstverständlich mehr als überfällig ist, gibt es doch **einige Kritikpunkte.**

78 Beispielsweise ist weitestgehend **unklar, in welchem Verhältnis das FkEG zum**
79 **Asylrecht stehen wird** und welche Auswirkungen dieses auf die Möglichkeit für
80 Asylsuchende, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, haben wird. Auch ist nicht
81 abschließend geklärt, wie die Bewertungskriterien der „Chancenkarte“[\[3\]](#) genau
82 ausgelegt werden sollen – allem voran das Kriterium des „Deutschlandbezugs“, bei
83 dem eine Einteilung in Einwandernde erster und zweiter Klasse droht. Auch dass
84 „Alter und Potenzial des mitziehenden Ehe- oder Lebenspartners“[\[4\]](#), wie es im
85 Entwurf heißt, miteinbezogen werden sollen, obwohl es sich dabei nicht um die
86 einwandernde Person selbst handelt, ist zu kritisieren.

87 Problematisch ist jedoch vor allem die Möglichkeit von „**kontingentierten**
88 **kurzzeitigen Beschäftigungen**“[\[5\]](#), auf Basis derer Einwandernde **befristet auf 8**
89 **Monate in Deutschland arbeiten** können sollen. **Befristete Arbeitsverhältnisse**
90 **sind immer mit Risiken und Unsicherheiten für Arbeitnehmer*innen verknüpft. Sie**
91 **öffnen Tür und Tor für Kettenbefristungen**, die dazu dienen, einheimische
92 Arbeitskräfte, die nicht bereit sind, in befristeten Arbeitsverhältnissen zu
93 arbeiten, durch billige ausländische und temporär angeworbene Arbeitskräfte zu
94 ersetzen – **eine Verschiebung der Verhandlungsmacht zugunsten der**
95 **Arbeitgeber*innen und zu Lasten der Angestellten.**

96 Statt Migrant*innen auszubeuten und ihnen unhaltbare Arbeitsbedingungen
97 aufzudrücken, die große Teile der bereits hier lebenden Bevölkerung zurecht
98 nicht hinnehmen, sollte es das Ziel der Bundesregierung sein, die
99 **Arbeitsbedingungen für alle zu verbessern – in der Pflege, den Behörden, dem**
100 **ÖPNV und in der Bildung!** Daher braucht es **substantielle Verbesserungen am**
101 **Entwurf**, die ein Abwälzen der Ausbeutung auf Migrant*innen verhindern!

102 **Her mit der fairen Arbeit für alle!**

103 **Wir fordern:**

- 104 1. **Her mit dem Mindestlohn von mindestens 15€!**
- 105 2. **Schluss mit der Kettenbefristung und Unterbezahlung studentischer**
106 **Beschäftigter! Her mit TV Stud als bundesweites Tarifmodell!**
- 107 3. **Schluss mit der Blockadehaltung Optendrenks in NRW bei den Verhandlungen!**
108 **Einhaltung des Koalitionsvertrages!**
- 109 4. **Keine Ausbeutung von Arbeitsmigrant*innen auf Basis des neuen FkEGs!**
110 **Abschaffung der Befristungsmöglichkeiten, um Kettenbefristung zu**
111 **verhindern!**
- 112 5. **Faire Arbeitsbedingungen, höhere Löhne und betriebliche Mitbestimmung**
113 **statt Abwälzen der Arbeitslast auf Migrant*innen und kapitalistischer**
114 **Ausbeutung!**

Begründung

[1] Pressekonferenz mit Christiane Schönefeld, Steffen Kampeter und Stefan Körzell.

<https://www.youtube.com/watch?v=j5TOYeSrp8>

[2] Studie „Jung. Akademisch.

Prekär.“

<https://gesundheit-soziales->

bildung.verdi.de/themen/studium/++co++6c604298-b75c-11ed-95d8-001a4a160100?kws=JAV

[3] Pressemitteilung des Bundesministeriums des Inneren.

<https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2023/03/fachkraefte-kabinett.html>

[4] Siehe 3

[5] Siehe 3 & Entwurf des Bundeskabinetts zum Gesetz. Seite 101 (zu Buchstabe d).

https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/gesetzgebungsverfahren/DE/Downloads/kabinetts-fassung/entwurf-gesetz-weiterentwicklung-fachkraefteeinwanderung.pdf?__blob=publicationFile&v=8